

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 18

Dienstag, den 11. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Russische Werbezentralen Nicht nur in Berlin, sondern auch in andern deutschen Großstädten gehen die Werbungen für den russischen Beschäftigten und Monarchisten Unalow-Bermondts weiter.

Unsere Genossen in Hannover machten den hannoverschen Polizeipräsidenten am 1. November auf ein Werbebureau für die westrussische Armee aufmerksam, das Werbungen nach Beibringung polizeilicher Führungszeugnisse vornahm, Reisepässe ausstellte etc. pp. Am 7. November konnte unser hannoversches Parteiorgan berichten, daß das Bureau nach wie vor arbeite! Und das, obwohl von unsren Genossen unwiderlegliche Beweise für seine Werbetätigkeit beigebracht worden waren.

Koltshat flüchtet. Die Arme Koltshats zieht sich auf der ganzen Front zurück. Die roten Truppen haben am 4. November Tobolsk genommen und dringen weiter gegen Omsk vor. Die Zivilregierung Koltshats ist von Omsk nach Irkutsk geflüchtet.

Ein Kaplan „schiebt“. Einer kaum glaublichen Schiebung ist man in Lippstadt auf die Spur gekommen. Zweitausend Zenner Kartoffeln wollte der Kaplan vom benachbarten Langenede nach Hamm verschleppen. Er hatte die Kartoffeln bei Ueberschreitung der Höchstpreise (7.75 Mk.) aufgekauft. Auch hatte er sich eine Ausfuhrbescheinigung von dem vor einiger Zeit verstorbenen Landrat Garius beschafft. Von den dem Kaplan nahestehenden Kreisen wurde das Verbrechen verbreitet, die Kartoffeln seien für das Hammer Kranken- und Waisenhaus. Auf telephonische Anfrage dort wußten die betreffenden Häuser nichts von den Kartoffeln.

Eine Räteschule. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft hat eine Räteschule ins Leben gerufen. Die neue Einrichtung nahm ihre Tätigkeit bereits auf. Genosse Dümmig hat mit einer Serie Vorträge über „Wesen und Aufgaben der Betriebsräte“ den Kursus begonnen.

So handeln die Bolschewiki. Der Zentral-Vollzugsausschuß der Sowjetregierung hat eine Amnestie erlassen für alle gegen die Arbeiterklasse begangenen Straftaten. Alle von Justiz- und Verwaltungsbehörden Verurteilten sollen freigelassen werden mit Ausnahme derjenigen, die an Verbrechen gegen die Sowjetregierung teilgenommen haben oder wegen enfter Vergehen aus Gewinnsucht verurteilt worden sind und deren Strafe nicht über fünf Jahre hinausgeht. Wenn die Strafe höher als fünf Jahre ist, wird sie automatisch auf fünf Jahre herabgesetzt.

Und die sozialistische Regierung Deutschlands?

Verhaftung eines deutschen Kriegsverbrechers. Der Magistrateassessor Folksdorf in Wiesbaden wurde auf Verfühlung der belgischen Militärverwaltung festgenommen und abtransportiert, weil er im Kriege als Offizier sich unnötige Härten gegenüber der Bevölkerung habe zuschulden kommen lassen.

Leipziger Straßenbahn Der Rat von Leipzig hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Verstaatlichung der Straßenbahn unterbreitet. Der Uebernahmepreis beträgt 20 894 636 Mark. Das Unternehmen wird als Ganzes übernommen, die Liquidation wird ausgeschlossen. Die Uebernahme geschieht auf Grund der Bilanz vom 31. Dezember 1918. Bei der Festsetzung des Uebernahmepreises ist nicht der derzeitige außerordentliche hohe Wert, sondern nur der Ertragswert in Rechnung gestellt. Der Betrieb geht bereits vom 1. Januar 1919 an auf Rechnung der Stadt über.

Schinkenlotterie. Die Stadt Linden bei Hannover forderte kürzlich alle Familien von mehr als 2 Personen auf, an einer Verlosung von Schinken, das Pfund zu 5 Mark teilzunehmen. 14 000 Familien meldeten sich auf diese lockende Aufforderung. Die Verlosung fand statt, und die Stadtverwaltung teilt nun mit, daß 3997 Familien je nach ihrer Größe einen kleinen oder größeren Schinken erhalten. Die Verteilung beginnt in den nächsten Tagen.

Wir fragen hiermit an, woher in der Zeit der Rationierung diese Schinken stammen? Es handelt sich hier nicht um ein paar Pfund, sondern schlecht gerechnet um 175—200 Zentner.

Ein Vordell auf Kosten der Steuerzahler. Vor kurzem wurde in Wiesbaden der Oberbürgermeister Glasing durch die Franzosen abgesetzt und ausgewiesen. Wie die rechtssozialistische Frankfurter Volksstimme mitteilt, ist die Maßregelung Glasing's geschehen, weil er sich weigerte, für die französische Besatzung ein Vordell auf köstliche Kosten einzurichten. Die französische Kommandantur erzwingt die Einrichtung. Militarismus und käufliche Liebe haben zu allen Zeiten innige Verbindung gehabt. So weit wie diese Frechheit dürfte jedoch selten etwas gegangen sein.

Wieder ein Sieg der U. S. P. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bonn erhielt das Zentrum 32, die Vereinigten bürgerlichen Parteien 11, die Rechtssozialisten 13, die zum ersten Male in die Öffentlichkeit getretenen Unabhängigen 12 und der Wiedereverein 2 Siege.

Zur Abstimmung in den Grenzgebieten. Der Oberste Rat beschloß, den Sitz der Abstimmungskommissionen und die Kommandos der interalliierten Besatzungstruppen folgendermaßen zu regeln: Allenstein an Großbritannien, Marienwerder an Italien, Oberschlesien an Frankreich, Teschen an die Vereinigten Staaten bzw. provisorisch an Frankreich bis zur Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika.

Selbsthilfe der Bergarbeiter. Die Belegschaft der Zeche Glückauf in Hörde beschloß einstimmig eine Entschlieung an die Reichsregierung, in der verlangt wird, daß Wucherer und Schieber als Landesverräter von Kriegsgerichten abgeurteilt werden. Dann heißt es in der Entschlieung: „Geschichte nicht bald Abhilfe, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die schwer ausgenüßten und betrogenen Bergarbeiter zur Selbsthilfe schreiten!“

Anarchismus, Kommunismus und Sozialismus

Julian Borchardt behandelt im neuesten Heft seiner Lichtstrahlen dieses Thema. Freilich überschreibt er seinen Artikel mit „Anarchismus und Kommunismus.“ Borchardt teilt einige Äußerungen kommunistischer Zeitungen über die erfolgte Spaltung der kommunistischen Partei mit und führt dann aus:

„Das alles klingt so toll, daß man es, wie gesagt, auf den ersten Blick nicht zu glauben geneigt sein möchte. Aber wer da weiß, wie sich die Dinge während des Krieges langsam aber sicher entwickelt haben, wer gelesen hat, wie erst vor ein paar Wochen dieselbe Zentrale aus eigener Machtvollkommenheit die Redakteure der Berliner Roten Fahne als „außerhalb der Partei“ stehend erklärt hat, der glaubt auch diese neuesten Berichte.“

Die Redaktion der Lichtstrahlen befindet sich diesen Vorgängen gegenüber in einer vorteilhaften Position. Sie kann nicht „außerhalb der Partei gestellt“ werden, weil sie von vornherein und immer schon außerhalb der Partei gestanden hat. Infolgedessen sind wir persönlich in keiner Weise an dem gegenwärtigen Streit beteiligt. Gerade das befähigt uns, ruhiger und unbefangener alle Momente zu beurteilen, als diejenigen, die mitten drin stehen und vermutlich nach der einen oder anderen Seite hin aufs höchste erbittert sind. Und da müssen wir zugeben, daß die Stellung der Zentrale doch wohl nicht so einfach und leicht zu bewerten ist, wie es nach den beiden Berichten scheint. Es ist nicht unbedingt nötig anzunehmen, daß die Zentrale aus reinem Machtzweck und Führerwahn gehandelt hat. Denn zweifellos hat sie darin Recht, daß anarchisistischer und marxistischer Kommunismus miteinander unvereinbar sind.

Gestehen wir es ruhig ein, daß durch die Gleichheit des Namens eine gewisse Verwirrung ermöglicht und wohl auch tatsächlich angerichtet worden ist. Als im Herbst vorigen Jahres der Gedanke auftauchte, im Anschluß an die russischen Genossen auch in Deutschland alle treugebliebenen Marxisten zu einer kommunistischen Partei zusammenzuschließen — soviel wir wissen, ging die erste Anregung von den damaligen „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ aus —, da haben wir einfach vergessen, daß auch die Anarchisten sich häufig „Kommunisten“ nennen. Diese Bergeslichkeit ist sehr erklärlich, weil ja die Anarchisten in Deutschland noch nie irgendwelche Bedeutung erlangt haben. Es hat ja auch nur historische Gründe, daß sie den alten Namen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts beibehalten haben. In den 40er Jahren, als noch alle Teile der Arbeiterbewegung beisammen waren, nannten sie sich Kommunisten. Dann kamen die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Marx und Bakunin, die notwendig zur Trennung führen mußten, da beide ganz Verschiedenes wollten. Und nun blieben die Anhänger Bakunins bei dem alten Namen, während Marx und seine Freunde zu dem Namen „Sozialisten“ übergingen. Als wir jetzt, ohne an diese Vergangenheit zu denken, zu dem alten Namen zurückkehrten, konnte es nicht fehlen, daß mindestens ein Teil der Anarchisten dies auch für eine Rückkehr zu den Lehren Bakunins ansah und sich der neuen Partei anschloß. Ob das in großen Umfange geschehen ist, vermögen wir nicht zu beurteilen. Offenbar befürchtet das die Zentrale, und daraus dürfte sich ihr Verhalten erklären.

Der Gegensatz aber zwischen dem anarchisistischem und unserem Kommunismus ist schlechthin unüberbrückbar. Gewiß, im Ziel sind wir einig. Sie wollen ebenso wie wir Freiheit und Wohlstand für alle. Aber sie gedenken dieses Ziel zu erreichen durch eine weitgehende Zersplitterung der Produktion. Sie haben richtig erkannt, daß die persönliche Freiheit des Einzelnen zur Voraussetzung hat seine wirtschaftliche Freiheit: wer nicht bei der Arbeit frei ist, der ist überhaupt nicht frei. Deshalb wollen sie möglichst jeden einzelnen wirtschaftlich auf sich selbst stellen. Rückkehr zum kleinstmöglichen Kleinbetrieb mit „gerechtem“ Tausch, das ist ihr wirtschaftliches Ideal, wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die meisten kein klares Bild davon machen, wie denn überhaupt die Nationalökonomie nicht eben ihre starke Seite ist. Sie sind zumeist ideal veranlagte Künftlernaturen, die jeden Zwang, jede Einengung der persönlichen Schöpferkraft unmittelbar als produktionshemmend empfinden. Was sie letzten Endes wollen, ist also das gerade Gegenteil von Kommunismus, und im Grunde haften sie nur an einer längst überholten Außerlichkeit, wenn sie sich immer noch Kommunisten nennen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein Teil von ihnen, in einer aufdämmernden Ahnung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, sich zu der Konzeption von kleinen Genossenschaften verstanden haben, in welche sie die Menschheit zum Zwecke der Produktion organisieren wollen. Auch das ist Zersplitterung, also das Gegenteil von Kommunismus.

Uns dagegen hat das gründliche Studium der Nationalökonomie gelehrt, daß die persönliche Freiheit des einzelnen nur dann erreichbar ist, wenn die Produktion auf das höchste Maß gesteigert ist, so daß für jeden genug und übergenug vorhanden ist. Eine solche Steigerung der Produktion hat aber zur Voraussetzung das planmäßige Hand-in-Hand-Arbeiten aller, und da wollen wir hin. Die gemeinschaftliche, plan-

mäßige Arbeit aller, die Bedarfsdeckung ohne Tausch, ohne Verkauf, ohne Lohnzahlung und ohne Profit, das ist unser Ziel. Darum der Name Kommunismus, denn das lateinische Wort Communis bedeutet gemeinschaftlich. Nach unserer Ueberzeugung würden uns die Anarchisten, wenn ihre Bestrebungen Erfolg hätten, zurückschleudern auf eine tiefere Stufe der Produktion; sie würden uns noch schlimmer verarmen, als wir es heute sind; sie würden die Grundlage vernichten, auf der allein die persönliche Freiheit des einzelnen erwachsen kann, und eine noch tollere Verflavung als heute müßte die Folge sein.

Nun versehe man sich in die Lage des Vorstandes der R. P. D., dessen Mitglieder nach altgewohnter Führerweise sich für die Tätigkeit der ganzen Partei verantwortlich fühlen. Sie sehen oder sie befürchten wenigstens, daß viele Anarchisten der Partei beigetreten sind und sich bemühen, diese in anarchisistische Bahnen zu lenken. Gelänge ihnen das, so würde die Partei ihrem eigentlichen Zweck vollständig entfremdet. Das hat den Parteivorstand auf den Plan gerufen, und nun weiß er dagegen keine anderen Mittel, als die auch Roske, angeblich zur Rettung des deutschen Vaterlandes, anwendet, die Gewalt. Oder, wenn man so weit den Vergleich nicht treiben will, dann sind es jedenfalls dieselben Mittel, die während des Krieges der Parteivorstand der Scheidemänner anwandte, der ja auch jeden, der ihm nicht in den Kram paßte, „außerhalb der Partei“ stellte.

Nur wenn man so, wie wir es versucht haben, in aller Ruhe und Sachlichkeit die Lage und die Absichten des kommunistischen Parteivorstandes würdigt, wird das äußerst schwere Problem klar, vor das die Kommunisten durch die Entwicklung der Dinge gestellt sind. Auf der einen Seite ist es zweifellos richtig, daß anarchisistische und marxistische Kommunisten nicht zusammengehen können, wenn sie sich nicht beide zu völliger Unfruchtbarkeit verurteilen wollen. Der Fehler wäre nicht geringer, als es seinerzeit der Zusammenschluß mit den Unabhängigen war. Auf der anderen Seite — wie soll man es verhindern? Räumt man dem Parteivorstand eine derartige Macht ein, wie er sie hier in Anspruch nimmt, dann ist die Partei völlig bei der alten Führerpolitik, der alten Instanzenpolitik angelangt, die gerade die Hauptursache des schmachlichen Verrats am 4. August 1914 gewesen ist.

Nun rufen in der Hamburger kommunistischen Arbeiterzeitung die Delegierten einer Anzahl Bezirke (Hannover, Braunschweig, Nordwest, Nord, Sachsen-Anhalt) zur Bildung einer neuen Organisation auf, welche bezweckt: „daß die proletarische Diktatur die Diktatur der Klasse sein muß und nicht die Diktatur der Führerschaft einer Partei,“ sowie „daß revolutionäre Massenaktionen nicht von einem geheimen Führerbund, sondern aus dem Willen der Massen selbst emporzuschlagen müssen.“

Das sind treffliche Worte. Aber ob die Gründung einer neuen Partei allein genügen wird, um sie zu verwirklichen? Uns dünkt, die geschilderten Vorgänge beweisen, daß die alten Formen des Zusammenschlusses, das alte Parteiwesen überhaupt sich überlebt hat und daß es vor allem gilt, die neuen Werkzeuge zu finden, welche den neuen Aufgaben entsprechen.

Borchardt hat in seiner alten klaren Logik den Gegensatz zwischen Anarchismus und Sozialismus gut herausgearbeitet. Denn was er als das Ziel des Kommunismus bezeichnet (gemeinschaftliche planmäßige Arbeit aller usw.), ist in Wirklichkeit nichts dem Kommunismus eigentümliches. Es ist Sozialismus, wie ihn die unabhängige Sozialdemokratie erstrebt. Um diese Ziele zu vertreten, wäre nicht die Gründung einer besonderen kommunistischen Partei nötig gewesen. Wenn Borchardt meint, das alte Parteiwesen hätte sich überhaupt überlebt, ist das ein recht trübseliges Ergebnis seiner Betrachtungen. Was soll denn an die Stelle der Partei treten? Eine Partei ist kein Diskutierklub oder eine Akademie. Sie will unmittelbare, praktische Ziele verwirklichen und da braucht sie eine feste Gliederung, da muß die Ansicht des Einzelnen gegebenenfalls zurückstehen, muß Disziplin herrschen. Andernfalls kann das gewollte Ziel nicht erreicht werden, weil den Parteiaktionen die notwendige Wucht fehlt. Will eine Partei ihre Ziele durchsetzen, muß sie eine Partei sein. Eine Minorität kann vielleicht zeitweilig eine Mehrheit ver-gewaltigen, sich aber nicht dauernd halten.

Wie ging nun die Entwicklung innerhalb der radikalen Arbeiterbewegung vor sich? Unter den Wirkungen des Krieges und des Belagerungszustandes waren politisch unreife Elemente zu anarchisistischen Anschauungen gekommen. Teilweise suchten sie in der unabhängigen Sozialdemokratie ein schützendes Obdach, teilweise glaubten sie hier das ergiebigste Rekrutierungsgebiet zu finden. Die unabhängige Sozialdemokratie konnte dem Drängen dieser Leute nicht nachgeben. Andernfalls wäre sie ja ganz andern Zwecken dienstbar gemacht worden als denen, für die sie geschaffen war. Noch ehe die sachliche

Klärung erfolgte, nahmen die Kommunisten die Spaltung vor, weil sie glaubten, einen größeren Teil der Massen mitreißen zu können. Erfreulicherweise täuschten sie sich. Jetzt müssen sie sich selber ihrer Haut gegen die Anarchisten wehren. Resoluter als der unabhängige Parteivorstand wandten sie das Mittel an, die Anarchisten auszuschließen. Der Zentralvorstand der Kommunisten tat, was der Parteivorstand der U. S. P. leider in übergroßer Toleranz versäumte. Zwischen Anarchismus und Sozialismus kann keine Gemeinschaft sein. Was werden die „wahren“ Kommunisten nun tun? Sie sind ein winziges Häuflein. Wollen sie ihr Programm durch Gewalt oder durch Ueberzeugungskünste verwirklichen? Eins wie das andere ist aussichtslos. Gewalt gegen die Konservativen, gegen das Zentrum, gegen das Bürgertum, gegen die Mehrheitssozialisten, gegen die Unabhängigen, gegen die Anarchisten? Und bis sie die Mehrzahl der Volksgenossen von der Wichtigkeit ihres Zieles und des Weges dahin überzeugt hätten, könnte ein halbes Jahrhundert vergehen. Warum also eine besondere Partei? Aber das ist des Pudels Kern: Eigenbrödelei einiger sich zurückgesetzt fühlender Genossen arbeitete seiner Zeit den Anarchisten in die Hände und half die kommunistische Partei schaffen. Radikale Thesen in die Masse schleudern ist leicht aber zwecklos, solange man nicht die entfernteste Macht hat, sie zu verwirklichen. Immer haben die Kommunisten einer anarchisierenden Putschaktion gehuldigt. Jetzt wird ihre Partei zwischen Anarchismus und unabhängiger Sozialdemokratie zerrieben werden, genau so, wie der morsche Rechts- und Reformsozialismus zwischen Bürgertum und unabhängiger Sozialdemokratie. Die weitere Entwicklung der Zukunft wird in Deutschland nur vier Parteien kennen: die extremen Konservativen, die bürgerliche Reaktion von Erzberger bis Ebert, die in der unabhängigen Sozialdemokratie vereinigten Anhänger des entschiedenen Sozialismus und die Anarchisten. Bedeutung können weder die Konservativen noch die Anarchisten gewinnen, weil beide Parteien wirtschaftlichen und politischen Utopien nachjagen. Der Kampf um die Macht wird zwischen dem vereinigten bürgerlichen Klüngel und der U. S. P. D. ausgefochten. Wo der Arbeiter stehen muß, braucht nicht erst gesagt werden. G. Sch.

Politische Rundschau Deutschland

Die Bespitzelung der U. S. P.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Mitteilung, in Hof in Bayern sei ein spartakistisch-unabhängiger Waffenschmuggel aufgedeckt worden. Genosse Lipinski teilte in der Sitzung der sächsischen Volkstammer vom 4. November Näheres über die Beschaffenheit dieser Zentrale mit. Ihr Organisator war ein gewisser Meyerhöfer, der sich als Mitglied bei der U. S. P. in Hof auf Grund eines von unserer Münchener Organisation ausgestellten Mitgliedsbuches meldete. In München war wegen der Befehung durch die Reichswehrtuppen unser Parteibureau gestürmt und eine Anzahl von Mitgliedsbüchern gestohlen worden. Mit diesen wurden Polizeispitzel ausgestattet und als solcher erhielt auch Meyerhöfer ein Exemplar. Außer ihm noch ein gewisser Dr. Raff, der sich als Chauffeur vorstellte und gleichfalls auf Grund seiner angeblichen Münchener Parteimitgliedschaft Aufnahme in die Hofener Organisation verlangte. Keiner von beiden wurde aufgenommen. Sie machten sich von vornherein verdächtig und wurden beobachtet. Dabei stellte sich heraus, daß sie ständig mit Hofener Nationalliberalen korrespondierten und außerdem vom Armeekommando III ausgestellte Ausweise als Kriminal-

beamte besaßen. Am Freitag, den 24. Oktober, stellten sich im Leipziger Sekretariat der Unabhängigen Partei zwei Herren ein, die eine Revolution in Kongresspolen einzuleiten beabsichtigt sein wollten. Sie legten ausführliche Pläne vor und wiesen sich durch Mitgliedsbuch der U. S. P. aus. Am andern Tage mußte unser Sekretär zu einer Sitzung nach Berlin und traf im Frühstückszimmer des Hotels diese beiden Herren. Erkundigungen ergaben, daß es sich um Kriminalbeamte handelt.

Am 3. November wurden unserem Parteigenossen Ruffel wiederholt Leute auf das Sekretariat geschickt mit der Anweisung, sich dort bei der roten Armee zu melden. Auf Befragen erklärten diese Leute, sie seien von einem Offizier auf dem Hauptbahnhof dahin geschickt worden.

Genosse Lipinski erklärte, noch mehr Material über die Spitzelwirtschaft zu besitzen. Der Zweck dieser mehr oder weniger offiziellen Bespitzelung unserer Parteioorganisation ist ganz unverkennbar, sie auf Bahnen zu treiben, die den gewünschten Vorwand zu Gewaltaktionen gegen sie und das Proletariat abgeben könnten. Diese Folgen der Lockspitzelarbeit dürfen nicht unterschätzt werden. Jedes Wort der Kritik für die bodenlose Gemeinheit der Spitzelaktionen gegen das Proletariat unter Verantwortung von Regierungsstellen der Volksrepublik Deutschlands wäre zu schade.

Die Folgen der Durchhaltepolitik

Furchtbar sind die Folgen, die die mit dem Krieg verbundene Hungerblockade für weite Kreise des deutschen Volkes hinterlassen hat. Schon im Herbst 1917 zeigten sich sowohl bei den Kindern als Erwachsenen Fälle von Knochenerweichungen, wie man sie früher wenigstens in Deutschland beobachtete. Kinder, die im 3., 4. oder gar im 5. Lebensjahre noch nicht laufen können, werden öfter beobachtet. Häufig verlieren die 2-6-jährigen das Gehen, das sie zur rechten Zeit erlernt hatten, wieder. Manchmal vermögen solche Kinder sogar nicht mehr zu stehen. Es werden Knochenerweichungen der langen Röhrenknochen beschrieben, die mit der Hand gebogen werden können. Ueberhaupt treten jetzt häufiger Fälle von Knochenerweichungen auf, wie sie früher nur ausnahmsweise bei den schwersten Formen der Rachitis oder Knochenerweichung beobachtet wurde. Halbwichsige junge Leute sind plötzlich auf der Straße ohne jede Ursache mit einem Bruch des Unterschenkels zusammengebrochen. Diese Knochenbrüche heilen meist sehr schwer. Ein Frauenarzt in Waldenburg, Regierungsbezirk Breslau — also in einem Industriebezirk — hat häufig Frauen in den Wechseljahren, namentlich ältere Schwangere, in letzter Zeit beobachtet, die über heftige Schmerzen in der Wirbelsäule und namentlich in den Beinen klagten. Diese Beinschmerzen waren oft so heftig, daß die Kranken nicht imstande waren, die Beine zu bewegen.

Den Hauptteil der Kranken stellt die Altersklasse bis einschließlich des fünften Lebensjahres. Völlig verschont bleiben Kinder etwa vom 6. bis 14. Lebensjahre bzw. bis zu der Zeit, wo die Kinder ins Erwerbsleben eintreten. Dagegen findet sich eine sehr starke Beteiligung der Jugendlichen im 14. bis 19. Lebensjahr. Völlig frei bleiben dann die Lebensjahre vom 20. bis 35. Hier sehen dann die Erkrankungen wieder allmählich ein und konzentrieren sich bei Frauen etwa zwischen dem 40. und 60. Lebensjahre.

Wenn in den ersten Jahren des Krieges von Unterernährung gesprochen wurde, erhoben Aerzte und sonstige Autoritäten ein wahres Lamento. Von Unterernährung könne gar nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Bevölkerung könne mit noch kleineren Rationen sehr wohl bestehen. Wer gegen solche „fachmännischen“ Gutachten Zweifel zu äußern wagte, wurde als Miesmacher, wenn nicht gar als Landesverräter verschrien. Jetzt zeigen sich die Folgen. Und es gibt kaum ein Mittel, sie in absehbarer Zeit abzuwenden. Wieder einmal wird der Brunnen zugedeckt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen.

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben

Zawohl, auch nach der Revolution vom 9. November 1918! So will es der preussische Kultusminister Herr Konrad Haenisch. Er hatte eine Unterredung mit dem Abt Dr. Hildeson Her-

So rasch mahlen — unter Umständen — Gottes Mühlen. Und nun merken Sie auf. Vorerst einen Bericht.

Sie haben auch dieses Mal durchaus ganze Arbeit getan, die Familie Heder durch Einsperrung ihrer Ernährerin zugrunde gerichtet und könnten frohlocken. Denn der Strafschlichter ist ja wieder einmal Genüge geschehen.

Was aber bei diesem Zusammenbruch am wertvollsten gewesen — das blühende, junge Menschenleben — die junge Schönheit Herta — die wollte ich aus den Trümmern des Einsturzes retten.

Mein Eheversprechen an das Mädchen war ernst gemeint, das beteuerte ich den Richtern. Und wenn auch Sie, Mann der herzlosen Konvention, sich's nicht denken können, daß jemand „solch ein Mädchen“ heiratet, ich war dazu entschlossen, bei meiner rechten Hand, bei meinem Augenlicht schwöre ich das. Nun hören Sie.

Ich habe Herta Heder, meine Braut, mit in meine Heimat genommen, um sie hier zu heiraten. Schon auf der Reise hierher bemerkte ich, daß eine tiefe Veränderung mit dem Mädchen vorangegangen war. Es wurde einsilbig, in sich gefehrt, weinte viel.

Ich führte alles das auf die schrecklichen Eindrücke des Prozesses zurück und auf die Sehnsucht nach der Mutter, die im Zuchthause sitzt und um die Herta sich abhärmt. Sie ist der Meinung, sie — sie allein sei schuld an dem furchtbaren Lose, das ihre Mutter getroffen.

Es gelang mir nicht, das Mädchen von diesen Ideen abzubringen, und ich sah es tiefer und tiefer in Selbstvorwürfe und Melancholie versinken. Um Herta aufzurichten, beschleunigte ich die Vorbereitungen zu meiner Heirat. Da erklärte sie eines Tages, sie könne und werde mich nicht heiraten. Ich hielt das erst für eine Laune und nahm es nicht ernst. Dann, als Herta fest bei diesem Entschluß beharrte, drang ich auf Erklärung. Herta blieb stumm. Aber seit gestern morgen ist sie verschwunden. Sie ließ mir diese Zeilen zurück:

„Ich bin — der Staatsanwalt hat es vor Gericht erklärt — ich bin das geborene Kontrollmädchen. So eine heiratet man nicht. Der Staatsanwalt hat es gesagt. Ich bin eine Dirne. Ich gehöre auf die Straße. Ich heirate Dich nicht. Dazu habe ich Dich viel zu lieb. Es wäre ein schlechter Dank von mir. Auch Deiner Familie tue ich die Schmach nicht an. Ich gehe dahin, woher ich kam. Ich gehe nach Berlin — das mich lockt — und auf die Straße. Lebe wohl. Und habe Dank.“

Freuen Sie sich nicht, Sittenrichter? Staatsanwalt? Senkergelhilfe?! Sie bleiben Sieger. Sieger auf der ganzen

wegen aus dem katholischen Kloster Maria Laach im Rheinland, aus der der Abt in einem Schreiben u. a. folgende Äußerungen des Ministers mitteilt:

„Ich betone, daß ich für meine Person keinem Offenbarungsglauben huldigen kann, aber ich habe jetzt nicht nur als Minister, sondern auch früher als Abgeordneter in meinen Reden und Schriften es immer wiederholt, daß wir die großen Kulturkräfte, die im Christentum liegen, nicht gering einschätzen dürfen. Ich und meine Partei, wir leben ja der Hoffnung, daß in einer späteren Zeit einmal eine Ethik entstehen wird, die es uns gestattet, die heute übliche christliche Sittlichkeit zu überstreifen. Jedoch zeigen sich hierfür kaum die schwächsten Anzeichen. Es wird also voraussichtlich noch lange dauern, und solange ist das Christentum wenigstens nach seiner ethischen Seite für das Volk unentbehrlich.“

Kommentar überflüssig! Nur eine kleine Anfrage: weshalb hat man den Posten des preussischen Kultusministers eigentlich nicht dem Revolutionsbestreber gelassen? Sein Programm ist geblieben. Man konnte ihm auch die Pensionierung ersparen und Herrn Haenisch die Mühe des Einarbeitens in seine Anschauungen.

Drei Milliarden Jahresgewinn

Das Jahr 1919 hat der Reichsbank einen Jahresgewinn von drei Milliarden Mark gebracht. Berechnungen der Frankfurter Zeitung zufolge betrug der Discontogewinn rund eine Milliarde. Davon kommt ein Gewinn von 2 Milliarden aus dem Goldverkehr, ein Gewinn, der der Reichsbank aus einem Abkommen mit dem Reichsfinanzministerium erwuchs. Nach diesem Abkommen vergütete das Reich an die Deutsche Reichsbank für die nach Holland versandten 1050 Millionen Mark Gold, die zur Beschaffung von Lebensmitteln auf Grund des Brüsseler Abkommens benötigt wurden, 200 Prozent. Demnach beträgt der gesamte Jahresgewinn der Reichsbank drei Milliarden Mark. Zwei und einhalb Milliarden sollen von diesem Gewinn in Rücksicht auf die große ausländische Valutakrise der „Reserve für Kriegsverluste“ überwiesen werden. Dadurch steigt diese Reserve auf drei Milliarden Mark an.

Das „Revolutionsjahr 1919“ war also der Reichsbank ein überaus ergiebiges Geschäftsjahr. Aber die Reichsbank ist nicht das einzige Unternehmen, das große Gewinne aus der Not des Volkes gezogen hat.

Abhängige Revolutionäreinschätzung

Während die rechtssozialistische Presse jetzt in Jubeltönen die Revolution und zumal ihr erstes Signal, den Kieler Matrosenaufstand feierte, las man's vor einem Jahre anders. So mußte das Weimarer abhängige Organ auf die erste Nachricht von den Kieler Vorgängen am 6. November nichts weiter zu schreiben, als folgendes:

„Wir zweifeln nicht daran, daß die bolschewistische Tollhässerei, die an einigen Ecken Deutschlands herumspukt, ein rasches Ende fände, wenn sie gezwungen wäre, vor dem Lichte der freien Kritik zu bestehen, statt mit Verschwörermiene durch das Land zu streichen.“

Auf einem ähnlichen Ton waren die Kieler Betrachtungen der meisten Reichsblätter gestimmt. Sie zeigten klar und deutlich, daß den Abhängigen sich die Haare sträubten vor dem Gedanken, das deutsche Volk könne seinen Wilhelm, Ludendorff und Konsorten zum Teufel jagen. Am 9. Novbr. 1918 freilich nihten sie dafür um so trefflicher die Situation, schwangen sich in die Ministerfessel und predigten genau wie früher von da aus dem Volke „Ruhe und Ordnung.“ Jetzt freilich nicht nur mit Druckerchwärze, sondern den wirksameren Ueberzeugungskünsten der Handgranaten und Gasbomben!

Das Resultat der Rotterdamer Hungerkonferenz

In Rotterdam tagte eine Konferenz, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Gefahr einer europäischen Hungersnot abgewendet werden könnte. Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß nicht genug getan worden ist, um die furchtbaren Zustände zu bekämpfen, und daß umgehend Schritte getan werden müssen, um diese Katastrophe dem englischen Volk bekannt zu geben. Der Kongreß bittet daher den Obersten

Sinie. Nun liegen alle — alle Opfer, nach denen Sie gedurstet haben. Nun liege auch ich, von Ihrem Streiche gefällt.

Auch mein Leben haben Sie zerstört, mein Glück zertreten. Ich bin durch Ihre plumpe Faust namenlos — namenlos beraubt. Welt und Leben sind mir vergällt. Ich habe nur noch einen Durst und der heißt: Rache.

Sollte Ihre Feigheit mir nicht die Möglichkeit geben, Sie im Zweikampf zu töten, oder Sie in einem Beleidigungsprozeß zu Berlin sozial zu erdroffeln — so werde ich Sie mit meiner Kunst zur Strecke bringen.

Ein Bild — Staatsanwalt Jordan — Ein Bild male ich noch, ehe ich mein zerstörtes Leben beende. Ein Bild — die Rache wird mir den Pinsel führen.

Das Werk — das eine meines Lebens — wird erstehen. Ich male es in vollen Lebensmaßen — dieses Bild — dessen farbige Skizze Sie besitzen. In spätestens drei Monaten wird es unter dem Titel „Mittelalter“ in einem Berliner Kunstsalon zur Separatausstellung kommen.

Dieses Bild wird, wenn kein anderer Weg mehr bleibt — an Stelle seines Schöpfers Ihre bürgerliche Hinrichtung vollziehen.

So — oder so — Herr Staatsanwalt — ich werfe Sie zu den Toten.

Vom 20. November ab: Budapest V, Waro Uzezel 5.

Bofalos Imre, Maler.

Viertes Kapitel

Während Jordan in seinem Arbeitszimmer diesen tollen Brief las, lachte er ein paarmal dröhnend auf.

Dieses unverfälschte Schreiben eines Tollhässlers gab dem Staatsanwalt seine ganze Widerstandskraft sogleich zurück.

Man mußte ihm nur energisch zu Leibe rücken, und im Augenblick fand er sich wieder. Sich und seine ganze eiserne Willenskraft.

Es war hohe Zeit gewesen, daß dieser Schreibebrief kam, denn er, er selbst, Jordan in eigener Person, war bereits drauf und dran gewesen, in dieser verrückten Sache gegen sich selbst Partei zu ergreifen. Das waren die Folgen davon, daß Unberufene sich in seine Angelegenheiten mischten. Dieser Lebeamte Kern und der Genießer, Herr Eneccerus, geruhten, ihm, dem eingesetzten Staatsanwalt zu eröffnen, er sei zu streng im Amte. Es bedurfte nun bloß noch eines etwas reichlich erregenden Straffalles mit sensationeller Aufmachung, eines heulenden und verkrüppelten Familienvaters, einer blonden, schönen Tochter, eines bannfluchenden ungarischen Malerbräutigams, damit auch Jordan „Nerven bekam“.

(Fortsetzung folgt.)

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

18]

Tun Sie dieses Schreiben nicht mit der verächtlichen Handbewegung eines Unerreichbaren ab. Ich schimpfe und schelte hier nicht als ein hilflos Verärgertes. Ich richte über Sie, Herr Staatsanwalt. Sie lesen hier Ihr Urteil, das Wort für Wort erwogen und gewissenhaft durchdacht ist, und für das ich die Verantwortung völlig und nach jeder Richtung hin übernehme.

Sie finden unter diesem Schreiben die genaue Angabe meines künftigen Wohnsitzes. Dorthin können Sie Ihre Mitteilungen richten, wenn Sie etwa persönliche Genugtuung von mir wünschen sollten.

Ich bin Leutnant der königlich ungarischen Honvedtruppe, wie Ihrem Philistereinbremsfinden hiermit notifiziert sein mag. Aber noch mehr, ich erkläre mich auch ausdrücklich dazu bereit, mich auf Ihren Wunsch einem Gerichtsverfahren in Berlin zu stellen und vor preussischen Richtern alle die sittlichen Verurteilungen zu vertreten, die dieses Schreiben gegen Sie enthält.

Vielleicht gelänge es mir auf diese Weise, Helatomben weiterer Opfer vor dem Wüten Ihrer staatsanwaltlichen Wirksamkeit in alle Zukunft zu retten.

Die Ehrenaufgabe, Sie aus dem Amte zu jagen, wäre mir das Opfer einer langen Gefängnisstrafe durchaus wert. Mein Ehrenwort, daß ich das vollkommen ernst meine.

Sie haben nur nötig, mich wissen zu lassen, daß Sie die Beleidigungsklage gegen mich erhoben haben — und ich werde auf der Stelle nach Berlin zurückkehren.

Aber Schurken sind immer auch Feiglinge. Und ich weiß, so gewiß, wie ich lebe, so gewiß werden Sie mich weder zum Duell — noch zur Gerichtsverhandlung nach Berlin laden lassen. Sie fröhnen ja Ihrem Ergötzen viel besser, wenn Sie Ihre Scharfrichtertätigkeit jahraus, jahrein, bis der Teufel Sie holt, vom Staatsanwaltsstige aus weiter ungestört verüben. Sie genießen ja heißer, wenn Ihre Opfer auch in Zukunft nach Tausenden zählen.

So würden Sie also ungestört weiter Ihre fluchwürdige Arbeit tun, wenn nicht ein Richter über Ihnen entstände, dessen Faust Sie eisen trafe und Sie von Ihrem Amtsstige herabstürzte in das Dunkel und die bürgerliche Vernichtung, die die große Vergeltung sein werden für alle Ihre Unmenslichkeiten. Der „hergelauene“ ungarische Maler vollzieht jetzt diesen Strafakt an Ihnen — Herr königlich preussischer Staatsanwalt Jordan.

Wirtschaftsrat bei der Wiederherstellungskommission, bei der europäischen Kohlenkommission und bei anderen alliierten Körperlichkeiten darauf zu dringen, daß sobald wie möglich der Doffentlichkeit Mitteilungen über die tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände zu machen sind, besonders darüber, welche Vorräte an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Kleidern, Transportgelegenheiten und Rohmaterialien jedes der Länder nötig habe.

Der Kongreß ist weiter der Ansicht, daß sich fremde Mächte weder direkt noch indirekt in russische Verhältnisse einmischen sollen. Nur wenn auf solche Einmischungen verzichtet werde sei an eine baldige industrielle Reorganisation der Welt zu denken. Denn vorher könne Rußland seine großen Hilfsmittel an Rohstoffen der Welt nicht zur Verfügung stellen. Ferner hielt der Kongreß eine Aenderung der wirtschaftlichen Beschränkungen des Friedensvertrages für unumgänglich. Diese seien Schuld an den zerrütteten finanziellen und wirtschaftlichen Zuständen. Daß der Kongreß den Friedensvertrag auch als eine Gefahr betrachtet, „die der Zivilisation durch gewalttätigen Revolutionsdrang“, sei nur nebenbei erwähnt.

Großbritannien

Die Kosten der Lebenshaltung in England

Auf einer Bergarbeiterkonferenz machte Gen. Hodges sehr interessante Mitteilungen über das Steigen der Löhne und ihr Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung in England während des Krieges. Aus ihnen geht hervor, daß die Lebenshaltung sich verteuert hatte geraume Zeit ehe die ersten Lohnforderungen gestellt wurden. Nachdem aber erst einmal die Lebensmittelpreise einen kräftigen Vorprung hatten, war es nicht möglich ihn einzuholen. Ein Ausgleich könnte also nur durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der erhöhten Löhne geschaffen werden.

Am 1. Januar 1915 waren in England nach den Ziffern des Handelsamtes die Kosten der Lebenshaltung um 19 Prozent gestiegen, am 1. Juli 1915 um 35 Prozent und am 1. Januar 1916 um 48 Prozent. Im Mai 1915 gestand nach langen Verhandlungen der damalige Premierminister Asquith den Bergarbeitern eine Erhöhung der Löhne zu. Sie hatten 20 Prozent verlangt, erhielten jedoch nur 15 1/2 Prozent in den meisten Distrikten. Die Erhöhung der Lebenskosten betrug um diese Zeit 28 Prozent.

Die Eisenbahner hatten im Februar 1915 einen Bonus durchgesetzt, der im Oktober erhöht wurde. Im Durchschnitt stellte das eine Lohnverbesserung von etwa 17 Prozent dar, demgegenüber stand eine Verteuerung der Lebenshaltung von 42 Prozent. Lohn-, Baumwollarbeiter, Bauarbeiter und viele andere erhielten überhaupt keine Erhöhung im Jahre 1915. Die Weber in Lancashire setzten nach manchen vergeblichen Versuchen im Januar 1916 eine Einkommensverbesserung von 5 Prozent durch, die Kosten der Lebenshaltung waren, wie wir sehen, um 48 Prozent gestiegen. Und so ging es in fast allen Industrien. Überall, wo Lohnverbesserungen erzielt werden konnten, hielten sie sich in äußerst bescheidenen Grenzen, die Preise der Waren stiegen jedoch beträchtlich. Fabrikanten und Kaufleute schlugen ohne weiteres einen bestimmten Betrag zum Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung auf die Warenpreise. Hatte eine Ware viele Stadien zu durchlaufen, ehe sie an den Konsumenten kam, so schlug jeder Zwischenhändler seinen Zuschlag auf, nur die Löhne der Arbeiter wurden nicht in der gleichen Weise behandelt.

Im Jahre 1915 wurde der Punkt erreicht, von dem an jedes Steigen der Löhne ein automatisches höheres Steigen der Warenkosten bedeutete. Der einzige Weg, diesen Prozeß aufzuhalten, wäre die Verhinderung weiterer Warenpreiserhöhungen gewesen. Der Premierminister versprach auch Maßnahmen in dieser Richtung. Es geschah jedoch nichts. Es scheint, daß sowohl in England wie in Deutschland die Regierungen machtlos gegenüber dem Unternehmerprofiß sind. In England wird gerade jetzt in den letzten Wochen die Preise für Lebensnotwendigkeiten von 115 des früheren Preises auf 128 Prozent gestiegen. Steigen sie weiter oder bleiben sie auch nur auf derselben Höhe, so müssen unfehlbar neue Lohnforderungen kommen.

Es ist festgestellt, daß auch in England die Erhöhung der Löhne dem Anwachsen der Warenpreise folgt und nicht umgekehrt. Solange die Regierung nicht wirksame Maßnahmen gegen die ständige Preiserhöhung trifft, werden in bestimmten Intervallen die Arbeiter finden, daß sie in ihrer Gesamtlage schlechter daran sind als vor dem Kriege, während die Unternehmer immer bessere Geschäfte machen.

Dieser Zustand wird erst dann anders werden, wenn Vertreter der Arbeiter an der Festsetzung der Preise und Löhne mitarbeiten, wenn sie den zu erzielenden Gewinn festsetzen und wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die Quellen der fortwährenden Preiserhöhungen zu verstopfen. Einen großen Teil der Schuld tragen daran zweifellos die enormen Frachtkosten und die ungeheuren Gewinne, die die Reedereien einstecken. Aber man kann nicht erwarten, daß eine kapitalistische Regierung den Kapitalisten und Imperialisten ernsthaft zu Leibe geht, die Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut sind.

In und um Elbing

Was ist ein Schieber?

Diese aktuelle Frage beantwortet ein Kriegsteilnehmer wie folgt:

„Ein nicht gewesenes, — Doch auserlesenes, — Jetzt nur noch fressendes, — Anstand vergessendes, — Bildung entbehrendes, — Menschtum entehrendes, — Schmierig bleibendes, — Preise hochtreibendes, — Freihandel hemmendes, — Cafés überflutendes, — Gierig schmartzogendes, — Ekelhaft prozendes, — Brillanten behagendes, — In Ranglogen prangendes, — Auf Kumpferde wettendes, — Ueppig sich bettendes, — Sektströme spritzendes, — Auto besitzendes, — Weltbad besuchendes, — Preissturz verfluchendes, — Steuer betrigendes, — Jeden beliggendes, — Tipptopp gekleidetes, — Alle empörendes, — In den Galgen gehörendes, — Widerliches Individuum.“

Abzug der deutschen Beamten

Der Danziger Zeitung entnehmen wir über den Abzug der deutschen Beamten aus den zur Abtretung gelangenden Gebieten:

Von der Eisenbahndirektion Danzig ist, wie wir hören, dem Beamtenbund mitgeteilt worden, daß sie das Neueste tun würde, um die Bereitstellung von Wagen für das Umzugsgut der aus den abzutretenden Gebieten fortziehenden Beamten sicherzustellen. Jedoch kann auf die Gestellung

langer Wagen zur Beförderung größerer Möbelwagen nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden. Es empfiehlt sich daher, sich auf die Verladung des Umzugsgutes in gewöhnlich bedeckte Wagen einzurichten. Ferner ist bei dem preussischen Finanzministerium beantragt worden, denjenigen pensionierten Beamten, die in den abgetretenen Gebieten unter keinen Umständen verbleiben können, die tatsächlich entstehenden Umzugskosten bezw. eine entsprechende Unterstützung zu bewilligen.

Volkshochschule

Herr Professor Dr. Ehrlich, dessen anregender Vortrag über „die frühere Bevölkerung Westpreußens“ vom letzten Winter noch allen Hörern im Gedächtnis sein wird, beabsichtigt am Mittwoch Abend die Gruppe C mit einer Schilderung des „Lebens der alten Preußen“ zu eröffnen. Er wird von der Stellung der alten Pruzzen innerhalb der indogermanischen Völkerfamilie ausgehen und dann über ihre Lebensweise, Sitten und Gebräuche sprechen, wie sie aus den Geschichtsquellen, den Fundgegenständen, Beobachtungen bei Ausgrabungen und aus dem Wortschatz der alten Pruzzen in dem berühmten „Elbinger Vocabular“ zu erschließen sind.

Prämienanleihe

In einem großen Teil der Presse und auch sonst wird Stimmung gemacht für Beteiligung an der in diesen Tagen zur Zeichnung aufliegenden Prämienanleihe. Die gute Verzinsung, die Sicherheit und andere Vorzüge werden gerühmt. Alles das hörten wir hundertfältig seinerzeit bei den Kriegsanleihen. Und doch wird heute kaum einer der auf Kriegsanleihe Hineingefallenen widersprechen, wenn andere die Kriegsanleihe für ein faules Papier erklären. Ist es nun besser Anleihe zu zeichnen oder sein Geld liegen zu lassen?

Das heutige Papiergeld hat keinen Wert. Im Inland hat die Mark noch etwa 30 Pfennige Kaufkraft, im Ausland etwa 12 Pfennige. Sich Papiergeld hinlegen, ist zwecklos, denn der Wert wird wahrscheinlich noch geringer. Alles deutet darauf hin, daß wir dem Staatsbankrott entgegensteuern. Es ist in der Geschichte mehr als einmal dagewesen, daß das Geld eines Staates überhaupt nicht in Zahlung genommen wurde. Auch in Deutschland kann das eintreten. Am besten dran ist in solchem Fall der, dessen Besitzum in Sachen besteht, die einen realen Wert haben — Gold, Silber, Grundbesitz, solider Hausrat — oder es sicher angelegt hat. Daß eine Stadt Bankrott macht, wird sehr selten vorkommen, obgleich natürlich auch dieser Fall nicht ausgeschlossen ist. Im allgemeinen dürfte eine städtische Sparkasse noch die sicherste Kapitalsanlage für Arbeiter sein. Gleichwertig sind die Sparkassen der Genossenschaften, die an den Zentralverband der Konsumvereine und die G. E. G. angeschlossen sind. Die modernen Konsumvereine verfügen über ein bedeutendes Kapital und befehligen sich vorzüglicher Geschäftsführung. Für den Elbinger Konsumverein kommt hinzu, daß er ein Grundstück erworben hat und dabei ist, das Geld für den Bau einer Bäckerei anzusammeln. Weiter sind in Elbing die Genossenschaften Volkshaus und Elbinger Volkstimme vorhanden. Beides sind Arbeitergenossenschaften von großer Wichtigkeit und solider Kapitalsanlage.

Wer also sein Geld sicher anlegen will, der kaufe gute Bedarfsgegenstände (aber gute, keinen Schund, der ist umsonst zu teuer!) oder stelle sein Geld einer der Arbeiter-Genossenschaften Elbings zur Verfügung. Da ist es am besten aufgehoben. Der Arbeiter, der die Anleihe zeichnet, stellt der Kostregierung Geldmittel zur Verfügung und riskiert, sie obendrein zu verlieren.

Die Gehaltsgrenzen der Angestellten- und Krankenversicherung

Infolge der starken Entwertung des Geldes, die uns der Krieg gebracht hat und durch die alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch die Angestellten, außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen werden, sowie durch das Ansteigen des Gehaltsniveaus haben die für die Versicherungspflicht für die Angestellten- und Krankenversicherung bestehenden Gehaltsgrenzen längst ihre Berechtigung verloren.

Die im vorigen Jahre vorgenommenen Erhöhungen auf 5000 bzw. 7000 Mark müssen als völlig unzureichend bezeichnet werden, weil das Einkommen großer Teile der Angestellten hart an diese Grenze heranreicht, die Tarifverträge aber Tausenden von Angestellten bereits ein höheres Einkommen sichern, ohne daß dadurch den berechtigten Forderungen nach einer auskömmlichen Bezahlung Rechnung getragen würde. Ist doch der Geldwert derart gesunken, daß einem gegenwärtigen Gehalte von 5000 Mark etwa ein solches von rund 1000 bis 1200 Mark in Friedenszeiten entspricht.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat daher im Namen seiner mehr als 350 000 Mitglieder an die Nationalversammlung und an das Reichswehrministerium das dringende Ersuchen gerichtet, die gegenwärtigen Grenzen überhaupt fallen zu lassen und auch die Angestellten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen der Versicherungspflicht zu unterwerfen, zumal kein ersichtlicher Grund dafür vorhanden ist, den Angestellten länger die Rechte vorzuenthalten, die man den Arbeitern ohne weiteres eingeräumt hat. Für den Fall, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften zur Anerkennung dieses Grundsatzes nicht würden entschließen können, hat der G. D. A. als unbedingte Mindestgrenze die Festlegung eines Betrages von 15 000 Mark sowohl für die Kranken- wie auch für die Angestelltenversicherung in Vorschlag gebracht.

Delegiertenwahl zum Parteitag

Die Wahlbeteiligung zur Wahl der Delegierten war äußerst gering. Er war bekanntlich diesmal ein anderer Wahlmodus als sonst vorgesehen, die Urabstimmung. Abgestimmt wurde in 5 Wahlbezirken. Das Resultat ist folgendes:

I. Wahlbezirk:	Seß	Witt	Paetz	Krüger	Wolle	Erbien
Wahllokal Volkshaus	248	104	183	103	267	174
II. Wahlbezirk:						
Wahllokal Volkshaus	118	43	71	60	128	96
III. Wahlbezirk:						
Wahllokal Vigoureur, Soll. Chausee	106	37	72	46	86	37
IV. Wahlbezirk:						
Gerull, Leichnamstr.	171	123	129	78	247	175
V. Wahlbezirk:						
Wahllokal Concordia	56	48	115	47	107	104
	699	355	570	334	835	616

Gewählt sind somit die Genossen **Wolle, Seß** und **Erbien**.

Geheimschlachtungen

Die Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 28. Oktober 1919, die für unerlaubte Schlachtungen in jedem Falle Gefängnisstrafe vorsieht, ist am 3. d. Mts. in Kraft getreten. Fleisch aus unerlaubten Schlachtungen wird ohne Zahlung einer Entschädigung eingezogen. Die Provinzialfleischstelle in Königsberg hat die hiesigen Behörden angewiesen, sämtliche Fälle von aufgedeckten Geheimschlachtungen unmissverständlich zur gerichtlichen Strafverfolgung zu bringen. Die Betreffenden haben Gefängnis zu gewärtigen.

Die erste Musterung

Eine Bekanntmachung der Parteileitung in der heutigen Nummer ladet zu drei Volksversammlungen ein, die sich mit dem Kommunalprogramm unserer Partei beschäftigen. Referieren werden die Genossen **Vaudé, Köhler** und **Lange**. Parteigenossen, bringt die Massen in Bewegung! Die Wahlentscheidung, vor der Elbings Arbeiter jetzt stehen, ist eine solche, wie sie im Jahrhundert nur einmal erfolgt. Die ganze Stadtverordnetenversammlung wird neu gewählt. Diese neue Stadtverordnetenversammlung wählt später den Magistrat. Jetzt oder nie ist die Stunde für eine grundlegende Wendung in der Verwaltung Elbings gekommen. Noch wissen viele Tausende nicht, was die Unabhängige Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiet erstrebt. Sorgt darum, daß jede Versammlung überfüllt ist, daß ein Massenaufgebot der Elbinger Arbeiterschaft sich zum Wahlkampf rüstet. Morgen auf ins Volkshaus, in die Concordia und ins Hotel Stadt Elbing!

Sie kriegten ihn

Beschlagnahmt wurden vom Verbraucherschutz gestern auf der Schichauwerft 18 Pfund Hammelfleisch, welches von einem Fleischermeister aus Thiergart dort zu dem Preise von 8 Mark das Pfund angeboten wurde.

Elbinger Polizeinachrichten

Der von uns gestern gemeldete Einbruch bei Herrn Berlowitz ist bereits durch die Kriminalpolizei aufgeklärt. Als Täter kommen 5 jugendliche Burschen, Söhne achtbarer Eltern, in Frage, die von einem benachbarten Tanzlokal über die Dächer in das Grundstück des Herrn B. eindringen. Die gestohlenen Pelzwaren im Werte von 6000 bis 8000 Mark konnten Herrn Berlowitz zum größten Teil zurückgegeben werden.

Ein Schwindler hatte hier vor einiger Zeit ein Kohlenvermittlungskontor aufgemacht und den Meldenden teilweise erhebliche Beträge als Anzahlung abgenommen. Der Betreffende ist in Marienburg verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt worden.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Konservativen kündigen neue Morde an

Die Danziger Allgemeine Zeitung, Organ der westpreussischen Konservativen, schreibt unter anderem zu Haases Tod:

„Haase wird nicht der einzige bleiben, der diese naturngemäße Entwicklung am eigenen Leibe erfährt. Die Liebkecht, Burgburg und Eisner wurden im Verlauf der Zustände getötet, die sie selbst gezeitigt hatten. An keinem von ihnen aber hat sich wie an Haase das Sprichwort so kraß bewahrheitet, daß sich jede Schuld auf Erden rächt. . . Er gehörte nicht zu denen, die die Revolution herbeiführten, um sich selbst die Taschen zu füllen und eine staatliche Pfründe zu verschaffen, wie die meisten der sozialdemokratischen Führer beider Richtungen. Die weit brennender Ehrgeiz ihn trieb, läßt sich nicht beurteilen, da man niemandem ins Herz schauen kann. In der Hauptsache hat ihm wohl nur sein verbohrteter Doktrinarismus dazu getrieben, Deutschlands Vernichter und Verderber, der Verräter am Vaterlande in seiner größten Not zu werden.“

Ueber die Beschimpfungen unseres Genossen wollen wir hinweggehen. Wer als Hund zur Welt gekommen ist, kann auch nur als Hund bellen. Aber festgehalten muß werden, daß in diesen Ausführungen die Ermordung weiterer Arbeiterführer in Aussicht gestellt wird.

Trotz der „schlechten Konjunktur“

Die Stuhlfabrik Gossentin (Wpr.) hat in dem Geschäftsjahr, das am 30. Juni 1919 abließ, einen Reingewinn von 264 067 Mark gehabt. Im Jahr vorher waren es 195 703 Mark. In den Reingewinn sind Abschreibungen und Ueberweisungen im Betrage von nahezu 100 000 Mk. nicht eingerechnet. Er wird wie folgt verwendet: 10 Prozent Dividende (wie im Vorjahre) 125 000 Mark, Gratifikationen an Beamte rund 65 000 Mark, Gratifikationen an den Vorstand und Aufsichtsrat 46 667 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 27 400 Mark. Außer diesen Zahlen birgt der Bericht der Gesellschaft noch einige weitere interessante Einzelheiten. Zu Anfang stellt er fest:

„Ihren Besitz an Kriegsanleihen hat die Gesellschaft zur Hälfte abgestoßen. Obgleich sie hiervon einen Teil bei Einkäufen aus Heeresbeständen zum Nennwert begeben konnte, hat sie doch einen namhaften Kursverlust zu verzeichnen.“

Dem Arbeiter und dem kleinen Bürger predigen Großkapital und Regierung, die Kriegsanleihe sei sicher wie Gold. Warum verkaufen sie die denn, die sie besitzen? Selbst mit „namhaftem“ Kursverlust. Die an Beamte und Arbeiter gegebene Gratifikation erschien im Vorjahre nicht in der Bilanz. Da erhielten die Arbeiter und Beamten nichts. Zum Schluß sagt der Bericht:

„Im neuen Betriebsjahr ist die Nachfrage nach den Fabrikaten gut. Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, insbesondere aber die verminderten Leistungen der Arbeiter, nötigen die Gesellschaft, einen erheblichen Teil der eingehenden Aufträge abzulehnen. Infolge der bis an die äußerste Grenze des Erträglichsten gestiegenen Ansprüche der Angestellten und Arbeiter und wegen der zur Zeit noch gänzlich ungeklärten Verhältnisse, die sich aus der Abtretung des Gebietes an Polen ergeben werden, läßt sich eine Voraussage über die weitere Entwicklung zur Zeit nicht machen.“

Die bedauernswerten Aktionäre!

In Pension

Der Regierungspräsident von Marienwerder, Dr. Schilling, ist auf seinen Antrag zum 1. November in den Ruhestand versetzt. Dr. Schilling bekleidete seine Stelle seit 1905. Bis zur Uebergabe der an Polen fallenden Gebiete führt er die Geschäfte noch fort.

Milch.

Nach § 1 der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Westpreußen vom 15. September 1919 (Elbinger Zeitung Nr. 229) gilt der **Milcherzeugerhöchstpreis**, der für Lieferungen nach der Stadt Elbing auf 64 Pfennig je Liter bemessen worden ist, frei Bahnwagen oder Schiff der Verladestelle (Absendestelle) oder, wenn keine Bahn- oder Schiffsverladung stattfindet, frei **Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungs-ort**, also frei Molkerei. Zur Ausführung dieser Bestimmung wird folgendes angeordnet:

1. Für die Abholung der Milch durch Fuhrwerke (auch Kraftfahrzeuge) haben die hiesigen Molkereien den Lieferern folgende Beträge an dem genannten Höchstpreis zu kürzen:

Bei Wegstrecken (berechnet ab Postamt Elbing)	
unter 1 km	1,5 Pfg.
von 1 bis ausschl. 1,5 km	1,6 "
von 1,5 bis ausschl. 2 km	1,7 "
usw. für je weitere 0,5 km	0,1 " mehr
bis 8 und mehr km	3 " (Höchstfah.)

2. Wenn der Milchlieferer **Rannen** benutzt, die ihm in bestimmter Anzahl zur Verfügung gestellt werden, ist von den Molkereien eine Rannenmiete zu berechnen, die 2,- Mk. monatlich für jede 20 Literkanne beträgt, wobei die Instandhaltung der Rannen den Molkereien obliegt.

3. Obige Vorschriften gelten in gleicher Weise für Milchlieferer aus dem Stadt- wie dem Landkreise Elbing.

Geringere Abzüge, als die vorstehend festgesetzten, stellen eine Höchstpreisüberschreitung dar, der nach § 4 der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395) mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200.000,- Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft wird.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß Milchherzeuger die Molkerei, an die sie Milch liefern, ohne Zustimmung der für sie zuständigen Stelle (Landkreis Elbing — Kreisfettstelle, Stadt Elbing — Ernährungsamt) nicht wechseln dürfen.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Milch

Auf Grund der Ziffer 9 unserer Verordnung vom 6. März 1918 (Elbinger Zeitung Nr. 58) wird bestimmt:

1. Bis auf weiteres darf auf eine Magermilchsorte höchstens $\frac{1}{4}$ Liter Mager- oder Buttermilch täglich abgegeben werden.
2. Diese Bestimmung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in der Elbinger Zeitung in Kraft.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Höchstpreise für Zucker.

Für das am 1. November 1919 beginnende Wirtschaftsjahr 1919/20 wird der Höchstpreis für gem. Melis bezw. gem. Raffinade auf Mk. 1,- für das Pfd. Rohzucker 0,92 bei Abgabe an die Verbraucher im Kleinverkauf festgesetzt.

Danzig, den 30. Oktober 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen.

Bekanntmachung. Ungereinigtes Petroleum

gelangt markenfrei zum Verkauf bei:
 Siegmuntowski Nachfl., Alter Markt
 Dobrick Nachf., Holländer Chaussee
 J. A. Schulz, Georgendamm 1
 Duwe, Fischerstraße
 Albrecht, Wilhelmstraße
 Barwig, Junferstraße
 Döring Nachfl., Hindenburgstraße.
 Danielowski, Neuß. Mühlendamm
 Albert Reger, Leichnamstraße
 May, Königsbergerstraße
 Gust. Behrendt, 1. Niederstraße.
 Weitere Verkaufsstellen können noch eingerichtet werden. Die Abgabe an die Händler kann z. Bt. in Fässern in beliebiger Größe, und teilweise auch in Kannen, erfolgen. Bemerkt wird noch, daß auch amerikanisches Petroleum gekauft worden ist. Dieses wird nach Eintreffen jedoch nur denjenigen Verkaufsstellen überwiesen werden, die ungereinigtes Petroleum verkauft haben.
 Elbing, den 10. November 1919.
 Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Karbidabgabe.

Auf die gelbe Ausweisarte ist wöchentlich 1 kg Karbid auch an diejenigen Personen abzugeben, die nicht in die Kundenliste eingetragen sind.
 Diese Maßnahme ist durch das Stillstehen des Gaswerks erforderlich geworden, da hierdurch ein Ausnahmezustand eingetreten ist.
 Elbing, den 11. November 1919.
 Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Volkshochschule

Gruppe C.
 1. Studienrat Dr. Ehrlich: Das Leben der alten Preußen. Mittwoch, den 12. November, 8—9 Uhr abends. Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule.
 Einzeltkarte 25 Pfg.

Infolge einer Störung im Kraftwerk der Elbinger Straßenbahn ist damit zu rechnen, daß die **Lichtstromversorgung zeitweise gänzlich unterbrochen werden muß**. Es wird ersparnisvoller Stromverbrauch jedem Abnehmer erneut zur Pflicht gemacht.
 Elbing, den 11. November 1919.

Städt. Elektrizitätsverwaltung.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in **Uhren, Gold- u. Silberwaren**
 Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Otto Schwarz, Uhrmachermeister,
 Inn. Mühlendamm 1, Ecke Hohezinnstraße.

An alle Wähler zur Stadtverordnetenversammlung!

Männer!

Frauen!

Morgen, Mittwoch, den 12. November, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr,

3 große öffentliche Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen statt:

Volkshaus:	Redner Gen. Baude
Hotel Stadt Elbing:	" " Köhler
Concordia, Elbing III:	" " Lehrer Lange

Thema in allen Versammlungen:

„Unser Kommunalprogramm“.

Die Säle sind gut geheizt.

Stadtverordnetenwähler erscheint in Massen!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Elbing.

Einem geschätzten Raucherpublikum von Elbing gestatte ich mir die Anzeige zu machen, dass ich mit dem heutigen Tage in dem Hause

Alter Markt 2

ein

Zigarren- und Zigarettengeschäft

eröffne. Es wird mein Bestreben sein, sehr preiswerte Ware zu liefern. Ich bitte um gefällige Unterstützung meines Unternehmens.

Artur Lützau

Alter Markt 2
 Zigarren- und Zigarettenhandlung
 en gros, en detail.

Eingetroffen:

Paletot- und Ulsterstoffe

für Damen und Herren.

Paletots und Ulster

in guten Qualitäten von 300,- Mk. an,
 in reinwollenen Qualitäten von 450,- Mk. an

C. Troike, Schneidermeister

Heilige Geiststraße Nr. 29, III — Eingang Mauerstraße.

Wuppen-Klinik
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Mittwoch
Fleischverkauf.
 Rostschlächterei
 Georgendamm 15.

Wilhelm Lucas

Kastanienallee 105 ELBING Kastanienallee 105

Spezialität:
Bettfedern — Betten — Daun
 Anfertigung von
Leib-, Bett- und Hotelwäsche
 Lager in
Weißwaren, Wäsche, Stapelwaren
 Anzug- und Hosenstoffe :: Paletots

Drucksachen

in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei
Elbinger Volksstimme
 Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Das
Deutsche Bad
 ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Rastenschluß $\frac{1}{2}$ Std. vorher.

Heiratsgesuch!

Schiffer, 40 J. alt, kinderlos, Witwer, etwas Ersparnisse, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft einer Witwe in gesetzten Jahren. Schriftl. Meld. unter A 4 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestr. 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel und kompletter Wohnungs-Einrichtungen eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.
 Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Holzschuhe
 offeriert
Carl Steppuhn.

Engl. Kernseife 9.50
 Toiletteseife sehr preiswert
 Rasierseife 160 Gr. in Dose 3.00
 Lichte 0.80
 Soda 0.40
 Haut-Creme empfiehlt
Paul Link, Drogerie
 Wasserstraße 52, an der Hohen Brücke.

Präparierte
Rabenfelle
 in großer Auswahl vorrätig
Drogerie Kurt Penner
 Heil. Geiststraße 31.

Ein Ulster zu verkaufen.
B. Petke, Storchstraße 2.

Zuverlässige
Jungen
 zum Zeitungsverkauf auf der Straße gesucht. Zu melden in der Expedition Spieringstraße 21.

2 Anzüge billig zu verkaufen
 Sternstraße 18.
Militärbluse
 mit hohem Kragen zu verkaufen
 Logenstr. 11a, I z.

Elbinger Standesamt
 vom 11. November 1919.
 Sterbefälle: Arbeiterwitwe Auguste Rosanowski geb. Gumbert, 39 J. — Fabrikarbeiterwe. Helene Hasst geb. Ewert, 57 J. — Gastwirtswitwe Auguste Kübler geb. Brosowski, 70 J.
 Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gust. Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
 Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme G. S. m. b. H. in Elbing.